GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14 Inselstr. 8a Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b. H.).

NUMMER 282 B — BERLIN • Donnerstag den 29 Dezember 1932 — 1 JAHRGANG

Die Kriegsfurie rast.

Menschenschlachthaus und Menschenhandel.

Der Haushalt der spanischen Republik.

Von Hermann Platiel.

In der spanischen Verfassung vom 9. Dezember 1931 gibt es eine Bestimmung, die mit der alten Gepflogenheit aufräumen soll, den Haushalt immer erst zu beraten, wenn das für ihn geltende Wirtschaftsjahr bereits abgelaufen ist. Besonders die Diktatur hat mit Hartnäckigkeit an dieser Gepflogenheit festgehalten und hat auch sonst keine Neigung gehabt, den Haushalt nach einem bestimmten Plan zu gestalten.

Jetzt aber steht in der Verfassung, daß in der ersten Hälfte des Oktober der Haushaltsvoranschlag den Cortes vorgelegt werden muß, die ihn dann noch bis zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres beraten und beschließen. Einige andere Artikel der Verfassung bestimmen noch, daß die amtierende Regierung nur im Falle des Krieges oder einiger anderer gefährlicher Augenblicke den Haushalt überschreiten darf. Die übliche Mißwirtschaft im spanischen Staate soll mit solchen Bestimmungen beseitigt werden.

Es war vorauszusehen, daß die gleiche Regierung, unter welcher die neue Verfassung zustande kam, sich auch bemüht, die Verfassungsartikel zu erfüllen. Der Haushaltsvoranschlag für 1933 ist vom Finanzminister Jaime Carner rechtzeitig eingebracht worden. Die Beratungen begannen schon am 2. November und dauern heute noch an. Wie die Zeitungen berichten, ist das Interesse der Abgeordneten für diesen nüchternen Diskussionsstoff sehr gering, denn nur 30 bis 40 Volksvertreter sind bei den Beratungen anwesend. Diese Materie bietet für den redefreudigen Spanier keine hinreichend rethorischen Möglichkeiten und steht außerdem seinem Verständnis ziemlich fern.

Da wir es jetzt mit einem Haushalt zu tun haben, der nach eigenem Geständnis der republikanischen Regierung als erster republikanischer Haushalt bezeichnet werden kann, lohnt sich ein Blick auf die Zahlen, um aus ihnen jenen neuen Geist, jene neue Richtung zu erkennen, die mit so großer Feierlichkeit angekündigt wurde, als die Monarchie zerfiel. Denn es war ein wesentliches Argument der Republikaner gegen die Arbeitsweise der Diktatur, daß diese in planloser Weise die Gelder des Staates verschleudert und bedenkenlos die Fehlbeträge mit Anleihen gedeckt habe. Hat die Republik etwas an diesen Methoden geändert? Hat *sie* den Haushalt auf einem Aktionsplan aufgebaut, um so die riesigen Ausgabenbeträge, die sich auf 4,711 Millionen Peseten (1 Peseta gleich 34 Pf.) belaufen, zu rechtfertigen? Die Bevölkerung hat einen Abbau der Staatsausgaben erwartet und damit auch einen Abbau der Steuern: Statt dessen erscheint ein Haushaltsvoranschlag, der höher ist, als je ein Haushalt Spaniens.

Die hohen Ausgaben könnten sicherlich gerechtfertigt werden mit dem Hinweis auf den nötigen wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes. In der Tat sind riesige Beträge erforderlich, um die daniederliegende Landwirtschaft auf die Beine zu bringen. Die Agrarreform erfordert große Beträge, die Berieselung kann nur durch riesige Stauanlagen, deren Bau nur der Staat im Augenblick unternehmen kann, ermöglicht werden. Die kulturelle Rückständigkeit zwingt zur Einsetzung großer Summen zum Bau von Schulen u. s. w. Man darf keineswegs die trübe Erbschaft unterschätzen, die die Monarchie hinterlassen hat. Aber eben gerade bei nüchterner Betrachtung all dieser Schwierigkeiten und des vorliegenden Haushaltsvoranschlags muß man zu dem Ergebnis kommen, daß eine neue Richtung nicht eingeschlagen wurde. Zwar gibt es Ansätze, denn einige Konzessionen muß die Republik schließlich machen, aber im Ganzen blieb diese Methode bestehen: Der Haushalt schließt mit einem Fehlbetrag von fast 600 Millionen Peseten, der durch kurzfristige Schatzanweisungen gedeckt werden soll. Der Unterschied besteht also darin, daß die Diktatur ihre Schulden langfristig festgelegt hat, während Carner sich nach nur zwei Jahren vor die Einlösung gestellt sehen wird. Aber selbst das ließe sich noch rechtfertigen, wenn durch beschleunigte Maßnahmen der Wohlstand des Landes in den nächsten Jahren steigen würde und damit auch auf den Eingang erhöhter Steuerbeträge gerechnet werden könnte. Doch damit kann nicht gerechnet werden, denn alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Republik ihre Aufgabe nicht sieht, die darin besteht, mit allen Mitteln und Kräften die Agrarverfassung zu ändern und die Ansiedlung der landlosen, heute arbeitslosen, Bauernfamilien in großem Maßstabe zu fördern. Zu diesem Zwecke müßten große Beträge im Haushalt des Landwirtschaftsministeriums erscheinen. Aber was steht im Voranschlag? Ganze 120 856 124 Peseten! Es gibt freilich noch einen großen Posten von 868 Millionen im Ausgabenetat des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, die vielleicht auf Umwegen über die Verbesserung des bebaubaren Bodens durch Bewässerung der Landwirtschaft zu Gute kommen. Aber von diesem Riesenbetrag entfallen nur etwa 160 Millionen auf solche Bewässerungsanlagen. Im übrigen werden diese Anlagen mit viel zu hohen Kosten erbaut, so daß der Nutzeffekt in einem schiefen Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln stehen wird. Für diese Zwecke hat nämlich jede Regierung schon Millionenbeträge ausgeworfen, die aber immer beträchtlich vermindert dem Zweck zugeflossen sind. Der riesige bürokratische Apparat verschlingt den größten Teil dieser Summen.

Wenn hier nur ein geringer Teil des ganzen Ausgabebetrages festgelegt ist, dann muß man untersuchen, wo die hohen Beträge stecken. Und da stoßen wir auf Heer und Flotte. Für beide zusammen werden 684 Millionen ausgegeben, trotz der Verminderung des Heeres und trotz der Versicherung, daß die spanische Republik auf den Krieg als Instrument der nationalen Politik verzichtet. Aber zu diesen Posten gehört auch ein beträchtlicher Teil der Ausgaben für die Pensionen, die insgesamt 284 Millionen betragen, also 13 Millionen mehr als im vergangenen Jahr. Eine Madrider Zeitung berechnet die Gesamtausgaben für Heer und Flotte mit 1,172 Millionen gegenüber 1,066 Millionen im Vorjahre. Diese Ausgaben nehmen also mehr Raum im Haushalt ein, als die überaus wichtigen Posten für Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten.

Damit ist die Fehlleitung der Gelder nicht beendet. Auch das Innenministerium benötigt erhebliche Summen mehr für den Ausbau der Polizeikräfte. Zwar wurden mehrere Offiziere des Heeres abgebaut, aber dafür wurden die Polizeikräfte beträchtlich vermehrt. Das Innenministerium fordert 417 Millionen. Schließlich darf man nicht vergessen, daß die öffentliche Schuld, die sich unter Primo de Rivera verdoppelt hat und auch unter der Republik gewachsen ist und noch wächst, 973 Millionen Peseten erfordert.

Man kann gern anerkennen, daß die Republik auch für Bildung 309 Millionen übrig hat, die das Unterrichtsministerium für die Errichtung von Schulen und Ausbildung der Lehrkräfte dringend benötigt und die keineswegs ausreichen, um alle Bedürfnisse zu befriedigen. Es ist beabsichtigt, eine Anleihe von 400 Millionen Peseten aufzunehmen, um damit Schulen zu bauen.

Ein anderer Posten, der der sozialen Fürsorge zu Gute kommt, findet sich im Etat des Arbeitsministeriums im Betrage von 86 Millionen. Schließlich muß noch erwähnt werden, daß der Haushalt keinerlei Zahlungen an die Kirche mehr vorsieht, obwohl die Verfassung für dieses Jahr noch gewisse Zahlungen erlauben würde.

Nach sowjetrussischen Meldungen aus Schanghai ist die **japanische Offensive in der Provinz Jehol in vollem Gange.** Die chinesischen Freischärler-Truppen bereiten den Japanern Schwierigkeiten; es wird gemeldet, daß die japanische Kriegsleitung zwei weitere Divisionen nach Jehol geworfen habe, nachdem die Japaner dort zunächst zurückgeworfen worden seien.

Außerdem habe die Mandschurei den „Auftrag" erhalten, drei Divisonen für den Vormarsch in Jehol zu bilden. Die „unabhängige", von Japan als selbständiger Staat anerkannte Mandschurei! Andererseits sind in Charbin mehrere Hundertschaften japanischer Polizei eingetroffen, die an der chinesischen Ostbahn Dienst tun soll; die mandschurische Polizei soll aufgelöst werden, weil sie — nach einer Meldung aus Tokio — nicht zuverlässig ist. Nicht zuverlässig genug, um die Ostbahn fest in japanischer Hand zu halten. Und die japanischen Eroberer wissen nicht, wozu sie eines Tages noch die Ostbahn brauchen werden —, wenn vielleicht der japanische Raubzug über Jehol nach Westen in die Mongolei vorwärts getragen wird! Zur Sicherung dieser Möglichkeit ist die mandschurische Polizei nicht zuverlässig genug. Aber mandschurische Truppen sind zuverlässig genug, um —, natürlich am Leitseil der Japaner —, als Kanonenfutter gegen die Chinesen verbraucht zu werden — gegen ihre chinesischen Brüder; denn die Bevölkerung der Mandschurei ist großenteils aus den südlicheren chinesischen Provinzen eingewandert.

Der japanische Kriegsminister Araki, allem Anschein nach einer der Führer des japanischen Imperialismus und des jungen japanischen Faschismus, hat davon gesprochen, daß Japan

die Mandschurei zu einem „Paradies"

machen wolle. Diese Politik erinnert verflucht an die Ludendorffs, der Polen „unabhängig", ja, zum Königreich machte, um aus dem polnischen Volk Truppen für den Krieg gegen Rußland herauszupressen.

Der Räuber am eigenen Volkskörper.

In Yokosuka wurde der Bau eines neuen japanischen Panzerkreuzers von 10 000 Tonnen begonnen. Die Kosten des mandschurischen Feldzuges gibt das japanische Kriegsministerium mit 172 Millionen Mark an für das Jahr 1932 — die Kosten des Schanghaier Unternehmens und die Unterhaltung der japanischen Kriegsschiffe in chinesischen Gewässern nicht mitgerechnet. Die mandschurische „Regierung" hat sich „bereit erklärt", für Warenforderungen, die aus der Zeit stammen, als Mandschuko noch nicht „unabhängig" war, rund sieben Millionen Yen (6,3 Millionen Mark) innerhalb von zwei Jahren an Japan zu zahlen.

Die Not der japanischen Bevölkerung, vor allem der Landbevölkerung, ist ungeheuer.

AUS DEM INHALT:

Die Sklaven von Kentucky.
Agrarkrise in Frankreich.
Die Entrechtung der dissidentischen Lehrer.
Vom Aberglauben unserer Zeit.
Mit dem Rosenkranz allein läßt sich kein Geschäft machen.

Die Verschuldung großer Bauernmassen gegenüber den Banken

ist so groß, daß die Bauern mehr und mehr ihre Töchter als Prostituierte verkaufen. Hier ein kürzlich erschienener Bericht aus der Zeitung „Fujin Koran":

„Die Präfekturen Nord-Japans sind berühmt durch die Schönheit ihrer Frauen. Die von Akita und Yamagata bilden das Reservoir für die meisten Freudenhäuser der größeren japanischen Städte. Bis vor zwei Jahren überschritt die Zahl junger Mädchen, die in diese Häuser eintraten, niemals 700 jährlich; aber im letzten Jahre exportierten diese beiden Präfekturen 1500 Mädchen. Die Präfektur von Aomori, die

ein jährliches Kontingent von 300 Mädchen zu stellen

pflegte, lieferte im letzten Jahr mehr als 500. In den Präfekturen Akita und Yamagata gibt es heute viele Dörfer, wo es keine Mädchen im heiratsfähigen Alter mehr gibt. In dem Dorf Nischi Okuni im Mogami-Bezirk von Yamagata wurden alle weiblichen Bewohner im Alter von 15 bis 25 Jahren, im ganzen 250, als Freudenmädchen verschickt."

Das Parlament hält Burgfrieden.

Der japanische Kaiser hat am Montag den neuen Sitzungsabschnitt des Parlaments eröffnet. Man hatte davon gesprochen, ob es wohl zu einem Konflikt des Parlaments mit der jetzigen Regierung Saito kommen würde. Saito hat Besprechungen mit den Parteien gehabt. Er hat gesagt, daß aus außenpolitischen Gründen eine Parlamentsauflösung vermieden werden müßte. Die Eröffnung ist auch ohne Konflikt abgegangen. Das Parlament „hat sich" vertagt bis zum 20. Januar. Dann soll der Haushalt debattiert werden — ein heikles Kapitel!

Wir erkennen in all dem Züge des imperialistischen Raubtiers, wie sie ihm international anhaften, — möge es als japanisches, deutsches oder sonstiges Exemplar auftreten: Kontingente Kanonenfutter — egal, welcher Rasse! Kontingente Prostituierter! Haltet durch im Hungern! Und das Parlament wahre den Burgfrieden!

Rückkehr zum Zankoff-Regime in Bulgarien?

Zusammenbruch der Koalition.

Die schon seit einigen Tagen drohende Regierungskrise in Bulgarien ist nun ausgebrochen: die aus Mitgliedern des Bauernbundes, aus Demokraten, Radikalen und Nationalliberalen bestehende Regierungskoalition ist auseinandergefallen. Diese Regierung ist zustandegekommen auf Grund der Wahlen vom Juni 1931, die Bulgarien zum ersten Mal seit 1923 zum parlamentarischen System zurückführten. Trotzdem war diese Regierung weit davon entfernt, die durch die langjährige Herrschaft des Faschismus völlig beseitigte politische Freiheit in Bulgarien wieder einzuführen. Das Ergebnis der Koalitionspolitik war, daß viele Arbeiter und Bauern das Vertrauen zum Bauernbund — von dem drei Regierungsmitglieder gestellt wurden — verloren und Anhänger der kommunistischen Arbeiterpartei wurden, die vor kurzem aus den Gemeindewahlen von Sofia als stärkste Partei hervorging. Ein Alarmsignal für die herrschende Klasse. Der Kongreß der Arbeiterpartei wurde verboten, ihre Abgeordneten, 31 von insgesamt 274, verhaftet. Die Bauernbund-Minister werfen den rechten Koalitionspartnern vor, daß diese notwendige soziale Reformen verhindert und darum die Massen den Kommunisten in die Arme geworfen hätten. Der Bauernbund verlangt deshalb vier Minister im Kabinett statt der bisherigen drei. Die anderen Parteien weigern sich, diesem Wunsch zu entsprechen. Daher die Regierungskrise. Die Bauernbund-Minister sind zurückgetreten. Die Rechte sehnt sich nach der Diktatur, nach dem ehemaligen Diktator und Massenmörder Zankoff, den man wieder zum Ministerpräsidenten machen will.

Kein Ende der Unterdrückung in Indien.

Vor einigen Tagen meldeten wir, daß der britische Staatssekretär für Indien die Aufhebung der indischen Ausnahmegesetze angekündigt hatte. Nun erfahren wir, daß der Grund für die Aufhebung der Sondergesetze der ist, daß die darin enthaltenen Bestimmungen ins Strafgesetzbuch übernommen worden sind! Die Gesetze, die die Presse-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit aufheben, werden also in Indien nicht nur während einer begrenzten Zeit Geltung haben, sondern dauernd in Kraft bleiben und so den Kerkermauern, die Großbritannien um Indien gebaut hat, eine feste Grundlage geben.

Straßenschlacht in Irland.

In der irischen Stadt Kilrush kam es zu einer Straßenschlacht zwischen Arbeitern, die verschiedenen Gewerkschaften angehören. Etwa 200 Personen waren an dem Kampf beteiligt und griffen mit Revolvern, Bierflaschen, Steinen u. s. w. ein. Die nur aus zwölf Mann bestehende Ortspolizei konnten den Kampf nicht aufhalten. Etwa 100 Personen wurden verletzt.

Vom Persischen Oelkonflikt.

Der Schah von Persien hat unerwarteterweise den Hofminister und ersten Berater Timurtasch entlassen. Dieses Ereignis gewinnt dadurch an Bedeutung, daß es Timurtasch war, der die Verhandlungen mit der Anglo-Persischen Oelgesellschaft über die Kündigung der Konzession geführt hat. In London wird die Entlassung des Ministers als große Erleichterung der englisch-persischen Verständigung angesehen. Als weiterer Grund für die Verabschiedung Timurtaschs gilt auch die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen, engere Handelsbeziehungen mit Rußland anzuknüpfen.

Wahrscheinlich als Zeichen der Freundschaft hat die persische Regierung — so berichtet „Daily Herald" — drei Geschwader von Bombenflugzeugen in England bestellt.

Neue Militärkonferenz der Kleinen Entente?

Aus Belgrad wird berichtet, daß eine zweite Konferenz der Generalstabschefs der Kleinen Entente für den 12. Januar 1933 in Belgrad geplant ist. Bekantlich hat vor einigen Wochen eine derartige Konferenz stattgefunden, die angeblich zu keinem befriedigenden Resultat geführt hat. Daraufhin wurde die vor einigen Tagen stattgefundene Konferenz der Außenminister einberufen, auf der anscheinend eine bessere Grundlage für ein Militärabkommen gelegt worden ist.

Labour Party gegen die Verurteilung der Kommunisten.

Wir berichteten vor einigen Tagen, daß zwei englische Kommunistenführer, Tom Mann und Llewellyn zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurden, weil sie sich geweigert hatten, bei den Behörden Geld als Pfand für ihr gesetzmäßiges Betragen zu hinterlegen. Gegen dieses unerhörte Urteil der englischen Klassenjustiz hat die Labour Party im Parlament protestiert. Außerdem haben Labour Party und Gewerkschaftsrat dem britischen Ministerpräsidenten einen Brief gesandt, in dem es u. a. heißt:

„Wir betrachten die Angelegenheit als einen Fall politischer Verfolgung. Es kann Ihnen nicht unbekannt sein, daß der Richter vor Verkündung des Urteils bestätigte, daß gegen die Verurteilten keine Anklage wegen irgend eines Verbrechens vorlag, daß eine Gefängnisstrafe gar nicht in Betracht käme, und daß der Beweis irgend einer Schuld der beiden Angeklagten nicht erbracht zu werden brauche.

Angesichts dieser Erklärung des Richters muß die Festnahme dieser beiden Männer jedem normalen Menschen völlig unberechtigt erscheinen. Die Art und Weise, wie in diesem Fall vorgegangen worden ist, zwingt uns zu der Annahme, daß

der Wunsch besteht, jeden freien und öffentlichen Protest gegen die Politik der Regierung hinsichtlich der Arbeitslosenfrage zu unterdrücken.

Die sofortige und bedingungslose Befreiung dieser beiden Männer

wäre nichts als ein Akt der Gerechtigkeit, und weil wir glauben, daß die Fällung derartiger Urteile den öffentlichen Frieden weit mehr gefährdet, als die Propaganda dieser Menschen, fordern wir Sie energisch auf, dieser Verfolgung einen Riegel vorzuschieben."

Auch das Gewerkschaftskartell von Manchester faßte eine Resolution, in der gegen die Verurteilung der beiden Kommunisten protestiert wird. Auf der Versammlung des Kartells wurde erklärt, daß auf Grund dieses veralteten Gesetzes jeder, der in der Gewerkschafts- oder sonstigen Arbeiterbewegung tätig ist, verurteilt werden kann.

In London hat der Maschinenarbeiter-Verband eine Protestversammlung gegen das Urteil einberufen, auf der mehrere Führer der Gewerkschaftsbewegung das Wort ergreifen werden.

Neue Methoden der Polizei.

Im Laufe der Debatte im Unterhaus, in der Lansbury, der Führer der Labour Party, gegen das Urteil protestierte, sprach er auch über die allgemein zunehmende Unterdrückung der freien Meinungsäußerung in England:

„Seit einigen Jahren nimmt die Polizei bei öffentlichen Versammlungen eine verhältnismäßig neue Haltung ein, besonders in bezug auf die Berichte, die Polizisten über Versammlungen abgeben, wo radikale Reden gehalten werden. Die Ansichten anderer Leute gehen Polizisten gar nichts an. Sie soll sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern, um Einbrecher und derartige Leute. . . . Der Militarismus hat sich in der Polizei breitgemacht. . . . Die Polizisten bilden sich ein, daß sie Herren der City sind. Sie sind nicht mehr Herren als irgend ein anderer, nur sie haben kein Recht, den Bürgern nach Belieben ihre Befehle aufzuzwingen. . . . Auf faschistischen Versammlungen werden viel aufrührerischere Reden gehalten, als auf kommunistischen, aber gegen die Faschisten geht niemand vor!"

*

Angesichts der traurigen Tatsache, daß die Feindschaft zwischen Labour Party und KP im allgemeinen sehr groß ist, ist es besonders erfreulich, daß die Labour Party und die Gewerkschaften sich in diesem Fall so energisch für das Recht kommunistischer Führer einsetzen, besonders nachdem die Kommunisten noch vor wenigen Wochen, anläßlich des Hungermarsches der Erwerbslosen, ausdrücklich erklärt haben, daß sie auf die Hilfe der ILP und Labour Party verzichten.

In einem Prozeß gegen 35 Kommunisten, der in der Türkei unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, wurden 18 Angeklagte freigesprochen, während die übrigen zu Gefängnisstrafen von 4—7 Jahren verurteilt wurden.

Von Südamerika her droht dem Völkerbund eine neue Probe: Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro trifft die Regierung von Kolumbien Vorbereitungen, sich die Hafenstadt Leticia am Amazonas mit Waffengewalt wiederzuholen, die im September von den Peruanern besetzt worden ist. Waffentransportschiffe stehen bereits bereit. Die kolumbischen Schiffe müßten jedoch durch brasilianisches Gebiet fahren. Peru hat diesen Umstand benutzt, um bei der brasilianischen Regierung gegen die Pläne Kolumbiens zu protestieren.

Roosevelt handelt hinter den Kulissen.

Wenn Roosevelt sich geweigert hat, zusammen mit Hoover an der Lösung der Kriegsschuldenfrage zu arbeiten, so bedeutet das nicht, daß er sich bis zu seinem Amtsantritt von der amerikanischen Außenpolitik fernhält. Roosevelt hat anläßlich eines Besuches von Norman Davis, dem amerikanischen Abrüstungsdelegierten, mit diesem eine längere Aussprache gehabt. Daraufhin verlautete, daß Edmond Day als Beauftragter des neuen amerikanischen Präsidenten nach Europa fahren würde, um sich über die Lage der Dinge zu informieren. Allerdings wird behauptet, daß Day vorläufig noch keine positiven Aufträge von Roosevelt erhalten hat. Dieser scheint vielmehr lediglich Vorbereitungen zu treffen für die Botschaft, die er bei seinem Amtsantritt am 4. März verkünden will und in der wahrscheinlich die Stellung der neuen Regierung zu den Fragen der Schulden-, Abrüstungs- und Wirtschaftspolitik enthalten sein wird.

Frankreich für Verschiebung der Schuldenverhandlungen.

Die französische Regierung hat durch ihren Vertreter in Washington der amerikanischen Regierung mitgeteilt, daß sie im Hinblick auf die gegenwärtige politische Lage eine Vertagung der Schuldenverhandlungen wünsche. Offensichtlich hält die französische Regierung es für zwecklos, sich so kurz vor dem Amtsantritt von Roosevelt noch mit Hoover auseinanderzusetzen.

Norman Davis hat es übernommen, die Rolle eines Vermittlers zwischen Hoover und Roosevelt zu spielen.

In der französischen Kammer wurde das erste Haushaltszwölftel mit 524 gegen 53 Stimmen angenommen. Der französische Anteil an der Anleihe für Oesterreich wurde im Ausschuß der Kammer gebilligt. Die Sozialisten bemerkten, daß es sich bei dieser Anleihe um etwas grundsätzlich anderes handele als im Falle der an Rumänien, Jugoslawien und andere Staaten gegebenen Anleihen, die lediglich der Aufrüstung dieser Staaten gedient hätten. Finanzminister Chéron erklärte, daß diese Anleihe den Finanzminister wenig angehe, da sie außenpolitischen Charakter trage.

Zwei reaktionäre Abgeordnete haben in der Kammer beantragt, daß die Regierung unverzüglich die Geheimdokumente veröffentliche, in denen angeblich Tatsachen über deutsche Rüstungen, die den Bestimmungen des Versailler Vertrages widersprächen, enthalten sind.

Die französische Kammer bewilligte am Dienstag die Schaffung eines Fonds von 300 Millionen Francs (50 Millionen Mark) zur Stützung der Getreidepreise.

Der französische Senat hat mit 122 gegen 116 Stimmen die Aufhebung der Immunität der in den Steuerhinterziehungs-Skandal verwickelten Senatoren abgelehnt.

Erfolg englischer Gewerkschaften.

Der Meisterspinnerverband (Master Cotton Spinners' Association), dem rund 15 000 Spinner, also etwa ein Zehntel der Spinnereiarbeiter von Lancashire, angeschlossen sind, hat ein Abkommen mit den Unternehmern abgeschlossen, durch das die 7½prozentige Lohnsenkung vom 2. November rückgängig gemacht wird. Die von diesem Abkommen betroffenen Arbeiter haben Anspruch auf Vergütung der Lohnausfälle seit dem Inkrafttreten der Lohnsenkung. Auch andere Gruppen der Spinnerverbände führen Verhandlungen für die weitere Ausdehnung dieses Abkommens.

Vom Aberglauben unserer Zeit

Bg. Das Aufblühen des Aberglaubens in Gestalt von Hellseherei, Astrologie und ähnlichem Unfug ist überaus charakteristisch für unsere Krisenzeit. Die Menschen werden leichtgläubig und nehmen jeden Schwindel für Wahrheit. Dabei können diese Astrologen auf Jahrmärkten und anderen für solche „Wissenschaften" geeigneten Plätzen mit den blödesten Mitteln arbeiten. Wenn nur die nötige Geheimnistuerei gelingt, wenn recht viele verschnörkelte Sternkarten mit abenteuerlichen Karikaturen von embryonal anmutenden Zwillingen und Wassermännern gezeigt werden, wenn die aufklärende Rede recht kräftig mit geheimnisvollen „Strahlen", „kosmischen Wellen" und anderen unfaßbaren Scherzartikeln gewürzt ist, dann glauben die Zuhörer, zumal wenn der Astrologe aus Indien stammt und einen ungewohnten Namen hat, alles.

Wie die Hellseherei gemacht wird, kann man in den ausgezeichneten Experimentalvorträgen erfahren, die Gubisch schon in sehr vielen Orten Deutschlands gehalten hat. Gubisch macht alle Dinge zum mindesten ebenso verblüffend wie ein Hanussen und ähnliche Herren. Nur das er zum Schluß auch erklärt, wie er es macht: Menschenkenntnis, Geschicklichkeit und Suggestion. Er bringt es fertig, zu einem aus dem Publikum genannten Datum das zugehörige Ereignis genau zu beschreiben; dabei tastet er sich gewissermaßen zum richtigen Ergebnis: Er nennt vorsichtig Worte wie „Haus", „Straße", „Wald" u. s. w. und beobachtet, wie der Betreffende, der das Datum genannt hat, auf diese Worte reagiert. Dann kommt nach diesen tastenden Versuchen schon innerhalb wenigen Minuten die richtige Antwort heraus. Zum Beispiel: Diebstahl verbunden mit Sachbeschädigung zwischen 12 und 1 Uhr nachts in einem öffentlichen Gebäude. Oder Gubisch geht mit geheimnisvollen Armbewegungen durch den Saal und fragt, wer etwas gemerkt habe. Dutzende melden sich und erklären, daß sie ein kräftiges Zucken in den Fingerspitzen verspürt haben. Aber es war, wie Gubisch erklärt, nur Suggestion. Die Menschen bilden sich ein, etwas zu spüren. — Gubisch sagt einer Frau: Sie haben ein Muttermal auf der rechten Hüfte. Prompt antwortet die Frau mit „ja". Das Publikum ist verblüfft, aber Gubisch berichtet, daß die allermeisten Frauen diese Frage mit „ja" beantworten, weil sie nämlich nicht genau wissen, ob sie nicht vielleicht doch so ein Ding an der Hüfte haben; und wenn es sogar der Hellseher sagt, wird es schon stimmen.

Wo jemand dem Publikum etwas einreden will, muß er auf jeden Fall recht viel von Strahlen, von kosmischen Wellen und geheimnisvollen Kräften reden. Das haben sich ja auch die Geschäftsleute schon zu nutzen gemacht. Man denke nur an die „eingefangenen Sonnenstrahlen" und „Lebenskräfte", die uns auf der Verpackung vieler Waren angeboten werden. Durch solche Aufschriften wird in dem Käufer der Eindruck von getrockneten Sonnenstrahlen erweckt und bei der Mahlzeit glaubt man dann, sofern einige Sandkörnchen zwischen die Zähne gelangen, die Kräfte und Energien dieser Strahlen förmlich knirschen zu hören.

Ein geeignetes Gebiet für die Volksverdummung ist vor allem auch das Wünschelruten-Gehen. Die Wünschelruterei wird in neuester Zeit geradezu eine Plage, die wie eine Infektionskrankheit um sich greift. Natürlich handelt es sich hier auch wieder um geheimnisvolle Strahlen, von denen man frech behauptet, sie seien Schuld an Krebskrankheiten und Tierseuchen. Hunderttausende sind schon ausgegeben worden für Apparate, die die „schädlichen Stellen" abschirmen sollen. Nicht nur Privatleute, sondern auch Besitzer und Inhaber von Fabriken, Behörden, Büros, Ministerien (!), Konzertsälen und Ställen bilden das Heer der Käufer.

Um so erfreulicher ist es, daß jetzt Gerlach in den „Naturwissenschaften" über eine sorgfältige Nachprüfung dieser Zaubereien berichtet. Er schreibt etwa folgendes:

Es mag sein, daß es Menschen gibt, die irgend welche von Wasserläufen oder Metallmassen ausgehenden Einflüsse spüren können. Aber es handelt sich zunächst einmal um den Kampf gegen den Unfug von den schädlichen Strahlen und ihrer Abschirmung durch geheimnisvolle Apparate.

Gerlach ließ sich einige Wünschelrutengänger ins Münchener physikalische Institut kommen. Das Haus hat mehrere Gänge. Im ersten Gang bezeichneten die Rutengänger eine ganze Reihe von Stellen, die Strahlungen aufweisen sollen. Nun ging man in die nächste Etage, um in den darüber liegenden Zimmern die gleichen Stellen wiederzufinden. Die Wünschelrutengänger hatten aber nicht bemerkt, daß die Zimmer ein bißchen anders lagen als unten. Der Ausschlag ihrer Wünschelrute stand im Widerspruch zu dem im ersten Gang gewonnenen Ergebnis.

Nun kam der „Abschirmungsapparat"; ein Kupfergefäß mit Kupferdrähten und Kompaß, für den Physiker ein Rätsel. Der Apparat wurde auf die „gefährlichen Stellen" aufgesetzt, sofort verschwanden die Ausschläge der Wünschelrute, die Strahlen waren also abgefangen. 90 Prozent der Durchschnittmenschen wären verblüfft gewesen, aber ein Physiker ist etwas schlauer: Mit den Wünschelrutengängern wurde vereinbart: Der Apparat bleibt im Parterre auf der „Strahlungsstelle" und wird in regelmäßigem Wechsel von zwei zu zwei Minuten entfernt und wieder hingestellt. Dann gingen die Wünschelrutengänger in den ersten Stock und stellten fest, ob nun auch die Strahlen von zwei zu zwei Minuten verschwanden und wiederkamen. Der Versuch klappte glänzend: Alle drei Wünschelrutengänger konnten feststellen, wie gerade alle zwei Minuten die Strahlen wiederkehrten. Aber intelligentere Menschen hatten, schon während die Wünschelrutengänger in den ersten Stock gingen, den Abschirmapparat ganz aus dem Haus entfernt und erst nach einiger Zeit, während die Wünschelrutengänger lustig alle zwei Minuten ihre Zuckungen hatten kommen lassen, wurde der Apparat wieder hingestellt, und blieb dann einfach stehen, wurde also auch jetzt nicht alle zwei Minuten fortgenommen; aber die Zuckungen gingen vergnügt im 2-Minuten-Rhythmus weiter.

Gerlach schließt seine Mitteilungen mit den Worten: „Ich bin zwar nicht so optimistisch, zu glauben, daß ihre Veröffentlichung dem Schwindel ein Ende macht; aber ich hoffe, daß sie als die immer wieder gewünschte Aeußerung und objektive Nachprüfung von zuständiger Seite angesehen werden."

Sklaven von Kentucky.

43 Bergleute vor der amerikanischen Klassenjustiz.

Seit anderthalb Jahren sind in den Vereinigten Staaten Prozesse gegen 43 Bergarbeiter im Gange, Prozesse, die mit allen Gewaltmaßnahmen der amerikanischen Klassenjustiz geführt werden. Von der Internationalen Antimilitaristischen Kommission erhalten wir folgenden Bericht über die Prozesse und ihre Vorgeschichte.

Sklaven der Bergwerksgesellschaft.

In Südost-Kentucky gibt es reiche Kohlenfelder, die in den Händen einer großen Gesellschaft, des Insull- und Peabody-Konzerns, sind. Das bedeutendste Bergwerksgebiet der Gegend ist in der Umgebung von Harlan, einem Städtchen mit 65 000 Einwohnern, von denen 85 Prozent Bergarbeiter sind. In 14 Kilometer Entfernung ist das Dorf Evarts.

Die Gesellschaft hat eine fast unbeschränkte Macht über die Bergarbeiter.

Alles in der Bergwerksgegend ist ihr Eigentum, sogar die baufälligen Hütten, die den Arbeitern als Wohnung dienen und deren Miete vom Lohn gleich einbehalten wird, und die Läden, in denen die Arbeiter gezwungen sind, zu hohen Preisen einzukaufen. Weiter werden die ohnehin kärglichen Löhne noch dadurch verringert, daß die Arbeiter selber die Grubenlampen und das Schleifen der Werkzeuge bezahlen müssen und daß sie beim Abwiegen der Kohlenwagen glatt betrogen werden. Wer protestiert, wird entlassen.

Schließlich sorgt die Gesellschaft dafür, daß die Arbeiter ihr letztes Geld für Gewerkschaftsbeiträge ausgeben, die auch gleich vom Lohn abgezogen werden. Das Eintrittsgeld beträgt 25 Dollar, der Wochenbeitrag 1 Dollar! Man kann sich vorstellen, was das für Gewerkschaften sind, wenn die Unternehmer sich so für sie einsetzen! Ein Streik der Arbeiter, ohne Zustimmung der Bonzen, kann zu keinem Ergebnis führen, da dann in einem anderen Kohlenbezirk mit Zustimmung der Gewerkschaft Ueberschichten geleistet werden. Streiken die Arbeiter dennoch, dann sind sie einem unerhörten Terror ausgesetzt. Die Streikenden werden sofort aus ihren Wohnungen herausgesetzt und manchmal selbst bis in die Wälder, wohin sie ihre Zuflucht nehmen, und in Zelten oder Höhlen leben, durch bewaffnete Grubenwächter und die Polizei verfolgt; dies ist sehr leicht, da der Gouverneur des Bezirks häufig der Grubenbesitzer selber oder von diesem abhängig ist.

Derartige Zustände findet man in ganz Amerika.

Beim Streik in Kentucky hatten die Arbeiter versucht, eine revolutionäre Bewegung ins Leben zu rufen, die sich nicht auf den Kampf für bessere Lebensbedingungen beschränkte, sondern die Vernichtung des Kapitalismus zum Ziel hatte.

Sheriffs und Unternehmer gegen Kumpels.

Im Februar 1931 wurde eine Abteilung der IWW (Industrial Workers of the World) gegründet und kurz darauf folgte die UMW of A (United Mine Workers of America). In den darauffolgenden Monaten machte die Organisation der Arbeiter schnelle Fortschritte, zur Entrüstung der beunruhigten Unternehmer.

Der bereits seit langem den Grubenbesitzern „verkaufte" Sheriff des Distrikts, J. H. Blair, erhielt seine besonderen Instruktionen. Die Zahl der Unter-Sheriffs im Bezirk Harlan wurde von 15 auf 600 Mann erhöht! Der Terror nahm seinen Anfang. Als erstes wurden alle Arbeiter entlassen, die als Leitende der Bewegung bekannt waren, in einem Monat 2000. Die UMW of A rief den Streik aus. Nun wurden die Arbeiter mit Gewalt aus ihren Wohnungen vertrieben, die Möbel einfach auf die Straße geworfen. Andauernd wurden Arbeiter festgenommen wegen Vergehen, von denen sie nichts wußten.

Die Arbeiter hatten in der Gegend von Harlan eine Hilfsküche eingerichtet. An einem Abend, als dort drei Arbeiter damit beschäftigt waren, unter die Kinder Essen zu verteilen,

kamen zwei Unter-Sheriffs — L. Fleenor und D. Howard — in einem Automobil herangefahren, beleuchteten die Küche mit einem Scheinwerfer und schossen zwei der Arbeiter tot, während der dritte schwer im Rücken verwundet wurde.

Darauf fuhren sie weiter. Zehn Minuten darauf erschienen wieder zwei Automobile mit bewaffneten Leuten, die trotz des Rufens der Frauen, daß Kinder im Hause wären, ein Schnellfeuer auf die Küche richteten und darauf verschwanden. Die Behörden stellten keine Untersuchung an, Unter-Sheriff Fleenor brüstete sich öffentlich damit, die zwei Arbeiter totgeschossen zu haben und wurde nicht verfolgt.

Am Ende des Jahres 1931 war der Zustand in Harlan derart unhaltbar, daß der Gouverneur von Kentucky gezwungen war, eine Untersuchungskommission aufzustellen. Was die Kommission fand, lieferte den Stoff für eine Mord- und Korruptionsgeschichte von 1200 Seiten Länge. Diese Kommission hat die Verfolgung von Fleenor verlangt, die dann auch in der Tat aufgenommen wurde. Fleenor blieb jedoch auf freien Füßen. Nach einem Prozeß, der am 29. August stattfand und innerhalb dreiviertel Stunden beendet war, wurde er freigesprochen; es wurden keine Zeugen gehört. Fleenor sollte in Notwehr geschossen haben (zwei der Arbeiter hatten Schüsse im Rücken)!

Die „Schlacht von Evarts".

Am 5. Mai führte die Coal Company den großen Schlag gegen die Arbeiter. Ein Streikbrecher mußte umziehen. Seine Möbel wurden von den Wagen der Gesellschaft transportiert, gefolgt von drei Autos mit bewaffneten Unter-Sheriffs und Grubenwächtern. An der Grenze von Evarts fingen sie plötzlich, ohne irgendwelchen ersichtlichen Anlaß, ein Gewehrfeuer an. Viele streikende Arbeiter, die in Evarts Zuflucht gesucht hatten, vermuteten nichts Gutes, besonders da ein Grubenwächter kurz zuvor angekündigt hatte, bei der nächsten Gelegenheit, wo sie wieder nach Evarts kämen, würden sie die Stadt „über den Haufen schießen". Die Arbeiter versuchten, sich zu verteidigen. Eine wahre Feldschlacht begann, die 15 Minuten lang dauerte. Ein Arbeiter, zwei Grubenwächter und ein Beamter der Gesellschaft wurden getötet.

Einige Stunden darauf war alles in höchster Bewegung. Der Gouverneur hate zwei Kompanien Miliz gesandt, der Belagerungszustand wurde verkündet. Sheriff Blair und seine Leute konnten ihre Arbeit beginnen. Innerhalb einiger Tage waren die Gefängnisse von Harlan überfüllt;

63 Arbeiter wurden wegen „verbrecherischen Syndikalismus angeklagt; 43 wurden vorsätzlichen Mordes beschuldigt.

Hierunter befanden sich der 77jährige Ortsvorsitzende der UMW of A, William Hightower, und der Sekretär der Abteilung, W. B. Jones, die beide bei dem Gefecht nicht **dabei waren.**

Das Morden der Justiz.

Die Prozesse gegen die Arbeiter, die beschuldigt waren, an den Kämpfen in Kentucky beteiligt gewesen zu sein, wurden nach Mount Sterling, 300 Kilometer von Harlan entfernt, verlegt. Das ist zwar ungesetzlich, wurde aber gemacht, um es der Verteidigung unmöglich zu machen, Entlastungszeugen vorzubringen, während der Advokat der reichen Coal Company selbstverständlich durch finanzielle Schwierigkeiten nicht behindert war.

W. B. Jones und W. Hightower wurden zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt.

Einem Journalisten, der schrieb: „Kein rechtlich denkender Mensch, der den Fall Jones verfolgt hat, kann umhin, sich die Frage zu stellen, ob der Arbeiterführer aus Harlan zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt wurde wegen Mordes oder weil er ein Arbeiterführer war", wurde zu der nächsten Gerichtsverhandlung nicht mehr zugelassen. Es bestand gar kein Zweifel darüber, daß Jones wegen seiner Tätigkeit als Arbeiterführer verurteilt worden ist. Seit 29 Jahren ist er Mitglied der UMW of A. Als er im August 1931 nach Süd-Kentucky kam, begann er sofort, die Arbeiter zu organisieren. Fünf Arbeiter, die als Entlastungszeugen aufgetreten waren, wurden nach dem Prozeß festgenommen und wegen Verschwörung angeklagt.

Der Polizeichef von Evarts, Axa Cusick, der gegen das Banditentum und den Terror protestierte, die durch die bewaffneten Leute des Sheriffs und der Kohlengesellschaft ausgeübt wurden, war seines Lebens nicht mehr sicher. Ein Grubenwächter drohte, ihn zu töten und schoß auf ihn. Cusick wurde gleichfalls festgenommen und des Mordes bezichtigt.

Dem Hauptbelastungszeugen gegen Jones, Sol Smith, konnte nachgewiesen werden daß er an dem fraglichen Abend, an dem er Jones bei der Schießerei gesehen haben wollte, betrunken in seinem Zimmer gelegen hatte. Durch Verhaftung und Einschüchterung von Entlastungszeugen gelang es dem Staatsanwalt, die Klage wegen Meineids, die gegen Smith hätte erhoben werden müsse, wenigstens bis zur Verurteilung von Hightower zu verschieben; denn sonst hätten die Geschworenen — reiche Tabakpflanzer und Rennpferd-Züchter — ihn vielleicht doch nicht abgeurteilt. Jones und Hightower haben Berufung eingelegt.

Die folgenden Prozesse wurden nach Harlan verlegt, da die Verhandlungen aus der Ferne etwas zu kostspielig wurden. Vier Negern, die mit angeklagt waren, wurde die Freilassung versprochen, wenn sie weiße Arbeiter beschuldigen würden, geschossen zu haben. Als sie sich weigerten, dies zu tun und auch alle anderen Versuche, den Rassenhaß in ihnen zu schüren, erfolglos blieben, wurde den Negern das Essen entzogen, sie wurden geschlagen und auf andere Art mißhandelt.

Einer von ihnen wurde zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt.

Auch Chester Poore wurde zum zweiten Male angeklagt, als ihn das Schöffengericht zum ersten Male freigesprochen hatte. Der Unterschied zwischen den beiden Prozessen war lediglich der, daß die Schöffen im zweiten Fall Farmer aus einem entlegenen Bezirk waren.

Poore wurde zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt.

Insgesamt sind von den 43 angeklagten Arbeitern bisher 6 zu lebenslänglichen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Mehrere Prozesse stehen noch aus. In jedem Fall wird von der Staatsanwaltschaft die Todesstrafe beantragt.

Um die Verteidigung der Arbeiter.

Es wird immer schwieriger, die Mittel für die Verteidigung, die von dem Allgemeinen Verteidigungskomitee der IWW übernommen worden ist, zu finden. Außerdem wird es immer schwieriger, Menschen zu finden, die bereit sind Zeugenaussagen zu machen.

Acht Männer, die in den bisherigen Prozessen Zeugen waren, sind bereits wegen „Verschwörung mit Mordabsichten" verhaftet worden.

Außerdem werden die Untersuchungen und die Vernehmungen der Zeugen geheim vollzogen. Drei Anwälte der Verteidigung wurden gewaltsam aus Harlan entfernt, zwei von ihnen wurden dabei mißhandelt.

Der Terror schreitet ruhig weiter fort. Journalisten und Studenten, die aus Chikago kommen, um die Angelegenheit an Ort und Stelle zu untersuchen und die Zustände zu studieren, werden durch die bewaffnete Bande, die direkt oder indirekt in Diensten der Coal Company steht, einfach „entfernt". Man nimmt sie mit „for a ride" — für eine kleine Ausfahrt —, d. h. sie werden unter dem einen oder anderen Vorwande in ein Automobil gelockt, und — manchmal nach Verabreichung einer tüchtigen Tracht Prügel an einem abgelegenen Orte — über die Grenze des Staates Kentucky gesetzt, unter der Drohung, daß sie es nicht wagen dürfen, zurückzukommen und sich um die Angelegenheiten anderer Leute zu kümmern. In Chicago haben Studenten ein Büro gegründet „The Student for Miners Relief", um den Grubenarbeitern zu Hilfe zu kommen. Aber nicht allein ein paar Studenten von Chicago, sondern die ganze Welt müßte gegen diese Notzüchtigung aller Menschenrechte protestieren, gegen diese unerhörte, zum System gewordene Korruption.

BRUNO GLUCHOWSKI

HOHLEN-KULIS

REVOLTE AN DER RUHR (42)

COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 15

Und wenn wir's nicht schaffen mit dem Durchtreiben, so haben wir da immer noch die meiste Aussicht auf Rettung, weil es der tiefste Punkt auf der sechsten Sohle ist und die Nachschwaden dorthin erst zuletzt kommen. Versprechen kann ich nicht, daß es gelingt, aber wir dürfen nichts unversucht lassen, um uns selbst zu retten."

„Gerling, der Gerling hat recht. Daß wir da nicht selbst dran gedacht haben. Der Gerling, der hat uns den Weg zur Rettung gezeigt", so schwirrt es durcheinander. Günther, mit dem Verletzten beladen, geht ihnen voran, sie gelangen in die Strecke von Flöz Karl, die am äußersten Ende des Querschlages liegt. Nach einigen Metern schon stolpern sie über die aus den Angeln gerissene Wettertür. Zwanzig Meter weiter versperrt ihnen ein Bruch den Weg. Wie die Wahnsinnigen arbeiten sie, um ihn wegzuräumen, mit den Händen kratzen sie die Steine weg, bis man einen schmalen Durchgang unter dem Hangenden freigelegt hat. Einer nach dem anderen klettert hindurch, Günther Gerling als Letzter.

„Tote, vier Mann", schreien sie ihm entgegen. Die Leichen sind verkohlt und zusammengeschrumpft. An einer am Stoß liegenden Messing-Benzinsicherheitslampe erkennt man, daß einer von ihnen der Steiger sein muß. Aber wer? Im Tode sehen sie alle gleich aus, alle vier schwarz verkohlt. Als er die Toten sieht, erschrickt Günther. Hier scheint der Herd der Explosion zu sein, hier, wo er eine Rettungsmöglichkeit vermutete. Je weiter man dringt, desto mehr erlangt er die Gewißheit. Brüche, umgeworfene Hölzer, verbrannt, zersplittert. Die Kipplore, die an Schienen den Abhau hinuntergleitet, ist aus ihrem Gestell herausgerissen, der Eingang ist unter Trümmern verschüttet. Günther tritt das Wasser in die Augen, nicht um sich, sondern um die Kumpels, die geglaubt hatten, hier gerettet zu werden und so furchtbar enttäuscht wurden. Ein dumpfes Murren ist unter den Kumpels, wechselt ab mit Fluchen, Schimpfen und Toben.

„Hund!" schreit einer und springt Gerling an, „du hast uns absichtlich irregegeführt, damit wir hier verrecken sollen, wo wir zuletzt gefunden werden. Lump, Verräter, gemeiner Schuft!" Er ist irrsinnig geworden vor Todesangst, schlägt auf Günther ein. Der schüttelt ihn ab, daß er am Stoß liegen bleibt.

„Kumpels", sagt Günther, und seine Stimme zittert. „Ihr alle kennt mich. Wer von euch kann mit reinem Gewissen sagen, daß ich irgend etwas getan habe, was sich mit meiner Kameradschaft zu euch nicht verträgt? Bin ich nur ein einziges Mal feige einem Kampf ausgewichen? Muß ich euch erst sagen, wie ich verleumdet und beschimpft wurde, weil ich aus meinem Herzen keine Mördergrube gemacht habe? Ich habe euch hierher geführt, um gemeinsam mit euch für unsere Rettung zu arbeiten. Daß es unmöglich ist, habe ich nicht gewußt und ist nicht meine Schuld. Jetzt habe ich selbst keine Hoffnung mehr."

„Günther, red nich soviel", sagt ein alter Hauer. „Brauchst dich doch vor diesem Drecksack nich zu verteidigen. Keiner weiß besser als wir, was du für uns getan hast, und keinen besseren Kumpel würden wir wiederfinden, wenn wir trotzdem noch gerettet werden. Laß uns nach vorne gehn, an das Gesenk, hier is nich gut sterben."

Schweigen herrscht unter der kleinen Schar, als sie ihren mühevollen Rückweg antritt, das Schweigen der Todesgewißheit. Einige bleiben zurück, können und wollen nicht mehr weiter.

Dreißig Mann liegen am Gesenk auf dem Boden, nässen immer wieder ihre Hüte und Mützen aus dem schmutzigen Wassergraben, um das Leben noch eine Weile zu verlängern. Der Tod ist ihnen gewiß, aber keiner will sterben. Doch, einer, der neben Günther liegt. Er kriecht zu ihm, zieht etwas aus seiner Tasche und drückt es ihm in die Hand:

„Da Günther, nimm, die Gasmaske. Ich hab' jetzt erst an sie gedacht."

„Die brauchst du selber, Kumpel!"

„Nein, nein, nimm, um Gottes willen. Ich — — mit mir ist's ja so bald alle, — — — auch, wenn ich hier rauskomme Ein halbes Jahr noch, — oder vielleicht ein ganzes, — — oder bloß drei Monate. — Die Lunge ist kaputt — — Tuberkel. Aber du, — — du mußt noch leben, — — du — du — sollst ihnen Kunde bringen, wie wir hier unten — — verreckt sind — — welche Qualen wir ausgestanden haben. — — Du — — du kannst es — — du bist der einzige, der es kann und auf den sie hören. Nimm, — — nimm — Günther — tu mir die Liebe."

Vor soviel hochherzigem Sinn und Kameradschaftsgefühl kann Günther die Tränen nicht mehr zurückdämmen. Sie tropfen auf die Hand des Schwindsüchtigen, die er umklammert hält. Der drückt sie fest.

„Setz sie auf, ehe es zu spät ist", treibt er. „Aber vorher sage mir, daß ich dein Freund bin."

„Mein Bruder", sagt Günther; der Schwindsüchtige läßt sich zurücksinken an den Stoß. Günther stülpt die Maske auf.

Dreißig sterbende Kumpels liegen auf dem Bauch, auf dem Gesicht, nässen mit ihrer letzten Kraft die Hüte und Mützen, um das fliehende Leben aufzuhalten. Schwer wird das Atem, fast unmöglich.

„Vater unser, der du bist im Himmel", fängt einer an zu beten.

Ein anderer überschreit ihn.

(Fortsetzung folgt.)

„Mit dem Rosenkranz allein kann ein Geschäft nicht bestehen". / Volkswirtschaftliche Entdeckungen eines katholischen Blattes.

In Ungarn ist eine katholische Druckerei, die Apostel-Druckerei, pleite gegangen. Der Besitzer, der frühere Kultusminister Joseph Haller, wurde im Zusammenhang mit diesem Bankrott des Betruges angeklagt. Er hatte sich vor Gericht darüber zu verantworten,

wie es möglich war, daß sein Betrieb zahlungsunfähig wurde, obwohl die Druckerei dauernd in Betrieb war.

Der Prozeß endete mit einem Freispruch. Haller konnte sich glänzend rechtfertigen. Hier seine Verteidigung:

„Wir waren eine katholische Druckerei. Als katholische Druckerei haben wir zumeist die Aufträge religiöser Institute, Klöster, katholischer Vereine und Priester besorgt. Von diesen sind aber sehr viele ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachgekommen. Wenn wir sie aufgefordert haben, zu zahlen, wurde uns vielfach geantwortet, daß man von einer katholischen Druckerei mehr Entgegenkommen und Verständnis erwartet hätte; wir mögen in der Angelegenheit an erster Stelle doch nicht das Geschäftliche, sondern das Katholikum betrachten. So wurde uns z. B. von einem Institut mitgeteilt, daß man für uns beten und immer wieder beten lassen werde.

Eine andere Partei sandte uns auf die Zahlungsaufforderung einen Rosenkranz!

Eine dritte ließ für uns eine heilige Messe lesen u. s. w. Anfangs drückten wir in solchen Fällen die Augen zu. Als sie sich aber gleichsam planmäßig wiederholten, betrauten wir einen Advokaten mit der Eintreibung der Schulden. Nun hatten wir auch den Advokaten zu bezahlen, ohne daß es uns gelungen wäre, unsere Forderungen auch nur zur Hälfte einzutreiben."

Dieses aufschlußreiche Ereignis ist ausführlich berichtet worden von der katholischen Wochenschrift die „Schönere Zukunft". Das Blatt knüpft an das traurige Schicksal Hallers die folgende bewegliche Klage:

„Die Art oder vielmehr Unart von Geschäftsauffassung, die hier offenbar wird, ist mehr verbreitet, als man glaubt. Selbst gute Katholiken, die es für selbstverständlich halten, etwa dem Bäcker das Brot, dem Fleischhauer das Fleisch zu bezahlen, machen sich ihrer schuldig und finden nichts dabei, von Druckereien, aber auch von Redaktionen alles umsonst oder zu halbem Preis zu verlangen. . . . Bei einer Zeitung mit über 20 000 Lesern, so meint man, komme es nicht darauf an. Eine Zeitung lebt ja von der Luft;

es genügt, für ihren Herausgeber zu beten oder ihr alle heilige Zeiten einen Rosenkranz zur gefälligen Benützung für die Redakteure zu übersenden. . . .

Der Krach der Budapester Apostel-Druckerei diene jenen, die nicht stehlen, nicht morden, niemanden verleumden, fleißig beten und die Kirche besuchen, aber ihre Schulden nicht bezahlen, als warnendes Schulbeispiel. Mit dem Rosenkranz allein kann ein Geschäft nicht bestehen; mit dem Rosenkranz allein geht ein Geschäft — und Zeitungen z. B. haben auch ihre rein geschäftliche Seite! — bei dem heutigen Wettbewerb mit reißerischen Judenblättern sehr rasch bankrott. Die Geschäftsmoral mancher zahlungsscheuen Christen ist Unmoral!"

*

So richtig die volkswirtschaftliche Entdeckung dieses Blattes ist, daß man mit Rosenkranzbeten und Messelesen keinen Konkurs abwenden kann, so oberflächlich bleibt der ganze Artikel gegenüber der im Fall Haller eigentlich interessierenden Frage, warum gerade eine katholische Druckerei in ihrem Kundenkreis diese einfache Einsicht nicht voraussetzen darf.

Die Schuldner des Herrn Haller haben sich an die Lehren ihrer Kirche gehalten,

wonach der Ablauf des Naturgeschehens nicht nur durch die Gesetze und Kräfte der Natur bestimmt wird, sondern durch das Eingreifen übernatürlicher Mächte auf neue Bahnen gelenkt werden kann. Da Rosenkranzbeten und Messelesen nach katholischer Lehre den Zugang zu diesen der Natur überlegenen Machtquellen darstellen, so ist gar nicht einzusehen, warum ein Katholik das Verhalten der Schuldner Hallers für unmoralisch erklärt, statt sich über ihren Glauben zu freuen!

In Wahrheit zeigt dieser Protest, der auf die Motive und Gedankengänge der nichtzahlenden Christen gar nicht eingeht, nur, daß der katholische Verfasser in Geldfragen lieber mit den Gesetzen der Natur als mit den Verheißungen des Glaubens rechnet. Die Führer der katholischen Kirche haben das für den Aufbau ihrer kirchlichen Macht längst begriffen. Sie verlassen sich dabei auf irdische Mächte — z. B. auf die Ueberzeugung, die, von der Kirche sorgfältig gepflegt, in den Köpfen ihrer Gläubigen spukt, daß die Kirche nicht nur über irdische, sondern auch über himmlische, übernatürliche Kräfte verfüge. Im allgemeinen gewiß eine für die Kirche höchst nützliche Ueberzeugung; in einzelnen Fällen aber kann sie auch dahin führen, eine der Kirche dienende Druckerei pleitegehen zu lassen.

Aber wichtiger als dieser Reinfall, den Katholiken auf Grund eines katholischen Dogmas erlebt haben, ist für uns als Freidenker die Feststellung, mit welcher Heuchelei „aufgeklärte" Katholiken ein sonst anerkanntes Dogma, mit dem die Kirche ihre Schafe zusammenhält, fallen lassen, sobald ihr Geldsack bedroht ist.

„Christliche Nächstenliebe."

Gesangbuchverse gegen Hunger.

Ein Arbeiter Rohse aus Münster, der seit längerer Zeit arbeitslos ist und noch der Kirche angehört, suchte den evangelischen Pfarrer Fleming auf und bat ihn, nachdem er ihm seine Notlage geschildert hatte, um eine Bar- oder Sachunterstützung. Der Pfarrer erklärte sich bereit, dem Arbeitslosen eine „Weihnachtsfreude" zu bereiten, und stellte ihm einen — Gutschein für ein Gesangbuch in Höhe von 1,80 Mark aus, der in einer Buchhandlung am Orte eingelöst werden konnte.

Der Arbeiter verzichtete jedoch auf Einlösung dieser Anweisung auf das Jenseits, wodurch sein nur allzu diesseitiges Magenknurren nicht betäubt werden konnte, Rohse hätte besser getan, der Kirche, die ihren armen Mitgliedern allerhöchstens Almosen spendet oder sie wie in vorliegendem Falle mit albernen Gaben verhöhnt und reizt, ganz den Rücken zu kehren, und sich jener Klassenfront anzuschließen, die für die Rechte der Arbeiter kämpft!

Schehr frei, aber keine Rechenschaft über den Immunitätsbruch

Der unter Bruch der Immunität verhaftete kommunistische Reichstagsabgeordnete Schehr ist am Dienstag freigelassen worden, ohne daß man es für nötig gehalten hätte, die Freilassung und vor allem die Verhaftung zu begründen. Die plötzliche Aufhebung des Haftbefehls durch den Oberreichsanwalt zeigt, daß die Verhaftung nicht damit begründet werden konnte, daß Schehr bei einem Verrat militärischer Geheimnisse auf frischer Tat ertappt worden sei. Es spricht alles bisher darüber Bekanntgewordene dafür, daß in diesem Fall nicht nur ein Immunitäts- sondern auch ein Rechtsbruch vorliegt. Hoffentlich gehen die Reichstagsabgeordneten in der Verteidigung ihrer Rechte wenigstens so weit, daß sie in der nächsten Sitzung Rechenschaft über diese Verhaftung verlangen.

Berliner Fleischwarenfabrikanten kündigen Lohn- und Manteltarif. Die Kündigung erfolgte, nachdem schon längere Zeit erfolglose Verhandlungen über eine „Angleichung" der Löhne an die der Ladenfleischereien stattgefunden hatten. Die jetzt von den Unternehmern geforderten Lohnkürzungen belaufen sich zum Teil auf mehr als 25 Prozent!

BVG-Direktor Brolat verhaftet.

Am 27. Dezember wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft der Direktor der BVG, Brolat, im Anschluß an eine Vernehmung durch den Untersuchungsrichter in dem gegen Brolat schwebenden Verfahren wegen Meineids verhaftet. Die Verhaftung wird mit Fluchtgefahr begründet, nachdem es Brolat nicht gelungen sei, die gegen ihn bestehenden dringenden Verdachtsgründe des Meineides zu entkräften. In dem vorliegenden Untersuchungsverfahren handelt es sich um eine Zeugenaussage Brolats im Sklarek-Prozeß, und ganz offenbar um eine besondere Härte, wenn man ihn, den SP-Mann, gleich hinter Schloß und Riegel setzt.

Hitlerjugend-Tagung in Gotha abgesagt.

Die für die Zeit vom 30. Dezember 1932 bis 4. Januar 1933 geplante Sondertagung der Hitler-Jugend in Gotha ist „aus technischen Gründen" auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke"

vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

.....

Name Ort

.....

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl. Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig d. Inserates 5% Rabatt

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M.-Niederwald
Enselsplatz 12

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2
Butter
Käse, Eier
Landbrot

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 35, Luisenweg 61 III.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19
Vegetarische Gaststätte
Neuzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher Benner, Zürich
Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto nur 2,20 RM. Frei Haus gegen Voreinsendung auf Postscheck Magdeburg 179 24.
Frischkost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

Oberhemdenstoffe,
Tricotine, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren-Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme. Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III

Sprechapparate Koffer / Schatullen / Schränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!
Otto Pfotenhauer, Weimar, Röhrstr. 40.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Warum werfen Sie Ihr Geld weg
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.
Rudolf Schönheit
Herren- und Damen-Maßschneiderei
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

Wer unsere Schriften noch nicht kennt,
ersuche uns um Zusendung von Probe-Schriften.
Kostenfrei
liefern wir 12 Flugblätter und 1 Nummer unserer „Mitteilungen".
Gegen vorherige Zahlung von 1 M.
liefern wir 12 Flugblätter, 3 Nummern unserer „Mitteilungen" (80 Seiten) und 12 Klebemarken.
BUND FÜR RADIKALE ETHIK, E. V., BERLIN W 15
Düsseldorfer Straße 23. — Postscheckkonto Nummer 567 71 Berlin

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
Ab 23. Dezember:
Das lustige Weihnachtsprogramm
René Clair: „Die Million"
Charlie Chaplin in „ZIRKUS"
Jugendliche haben Zutritt!
Anfangszeiten: 15 17. 19 und 21 Uhr

Für den Befreiungskampf des Proletariats

ist besonders in der heutigen Situation weitgehend eine Neuorientierung in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!"

Wer die Schriften kennenlernen will, in denen die Theorie niedergelegt worden ist, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, der fordere zunächst die unentgeltliche Zusendung des neuen Verzeichnisses unserer politischen Schriften.

Verlag „Oeffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstraße 8a. Postscheckkonto: Berlin 31342.

Entrechtung der dissidentischen Lehrer.

Hk. Der Prozeß um das Anstellungsrecht dissidentischer Lehrer ist vor einigen Tagen vom Reichsgericht — also in letzter Instanz — entschieden worden, und zwar gegen die Dissidenten.

Es handelt sich um die in Preußen seit etwa zwei Jahren bestehende Anstellungssperre gegenüber dissidentischen Junglehrern an öffentlichen Volksschulen. Diese Sperre ist offenbar eine

Verletzung der Reichsverfassung,

die in Artikel 136, Absatz 2, bestimmt:

„Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Aemtern sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis."

Um dieser Bestimmung der Reichsverfassung Geltung zu erzwingen, verklagte ein dissidentischer Junglehrer im Auftrag des Deutschen Freidenker-Verbandes und der Allgemeinen Freien Lehrer-Gewerkschaft den preußischen Staat auf Schadenersatz. Er stützte sich dabei auf Artikel 131 der Reichsverfassung:

„Verletzt ein Beamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat . . . . Der ordentliche Rechtsweg darf nicht ausgeschlossen werden."

Der Amtspflichtverletzer war im Falle der Verweigerung der Anstellung von Dissidenten der preußische Unterrichtsminister. Diesen Tatbestand hat das Landgericht I in Berlin im Juni 1931 ausdrücklich anerkannt; es verurteilte mit dieser Begründung das Land Preußen zu dem eingeklagten Schadenersatz gegenüber dem nichtangestellten Junglehrer.

Nachdem die preußische Regierung gegen dieses Urteil Berufung eingelegt hatte, kam die Sache vor das Kammergericht, das im Frühjahr 1932 *gegen* die Dissidenten entschied. Gegen diese Entscheidung hat der geschädigte Junglehrer Revision beim Reichsgericht eingereicht. Dieses hat vor einigen Tagen die Revision verworfen.

Die Begründung der Reichsgerichts-Entscheidung ist des Reichsgerichts würdig.

Das Reichsgericht vermeidet es, für die Verfassungsverletzung, durch die der preußische Staat die dissidentischen Lehrer fortdauernd schädigt, eine Begründung auszutüfteln. Es drückt sich um eine Stellungnahme zu diesem Verfassungsbruch herum, indem es die Revision

aus sogenannten formal-rechtlichen Gründen

verwirft. Diese sind von folgender Art:

Es sei nicht so, daß der preußische Unterrichtsminister im vorliegenden Falle eine Amtspflicht gegenüber dem klagenden Junglehrer habe. Der „Dritte", von dem es im Artikel 131 der Reichsverfassung heißt: „Verletzt ein Beamter . . . die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht", — dieser „Dritte" sei keine einzelne Person, sondern etwa die Oeffentlichkeit. Also sei der gegen den preußischen Staat klagende Junglehrer kein „Dritter", dem auf Grund von Artikel 131 der ordentliche Rechtsweg zur Verteidigung seines verletzten Rechts offenstehe.

Dem Reichsgericht scheint viel daran gelegen zu haben, **eine Stellungnahme zu der eigentlichen Frage, ob die Nichtanstellung der Dissidenten mit der Reichsverfassung vereinbar** ist, zu vermeiden; sonst hätte es wohl nicht eine derart peinlich ins Auge springende Vergewaltigung klarer und verständlicher Worte unternommen!

„Ein Beamter hat einem Dritten gegenüber eine Amtspflicht." Kein normaler Mensch wird diesen Satz anders verstehen, als daß der Dritte, von dem hier die Rede ist, eine Person ist, mindestens eine juristische Person.

Der Standpunkt des Reichsgerichts aber läuft in seiner Konsequenz darauf hinaus, daß den Staatsbürgern alle Rechte gegenüber dem Staat oder seinen ausführenden Organen genommen werden.

Denn von derartigen „Grundrechten der Deutschen" — wie es in der Weimarer Verfassung noch hieß — zu reden, hat nur Sinn, wenn der Staat und dessen Beamte gegenüber den Bürgern Pflichten haben. Das Reichsgericht stellt also den Staat außerhalb des Gesetzes insofern, als es ihn und seine Beamten der Möglichkeit entzieht, von denen zur Rechenschaft gezogen zu werden, deren verfassungsmäßige Rechte der Staat verletzt.

Die dissidentischen Junglehrer können nach der Reichsgerichtsentscheidung den nicht zur Rechenschaft ziehen, der ihnen das verfassungsmäßig verbriefte Recht, ohne Rücksicht auf das Religionsbekenntnis angestellt zu werden, verletzt. Das oberste deutsche Gericht hat also den dissidentischen Junglehrern jeden Rechtsweg zur Verteidigung ihrer Rechte versperrt.

Die dissidentischen Lehrer sind damit auf den politischen Weg gedrängt.

Wir wollen hier nicht im einzelnen erörtern, wie sich die entrechteten Lehrer politisch wirksam zur Wehr setzen können. Hoffentlich tun sie es

„unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel" —,

wie es so schneidig in der Satzung des Deutschen Lehrer-Vereins heißt; hoffentlich vergessen sie dasjenige Mittel nicht, das sich in diesem Fall geradezu aufdrängt: durch Steigerung der *Zahl* der Dissidenten unter den Lehrern dafür zu sorgen, daß der Staat nicht ohne dissidentische Lehrer auskommen kann.

Es geht hier um mehr, als um das Schicksal der dissidentischen Lehrer; es geht wieder um

den Fall „Reichsgericht".

Wir teilen keineswegs die Meinung, die gelegentlich des Freispruchs Bullerjahns sogar von linken Politikern und Juristen geäußert wurde: daß das Reichsgericht mit diesem Freispruch moralische Eroberungen gemacht habe. Denn es hat ihn mit einer Urteilsbegründung begleitet, die eine für moralische Eroberungen wenig geeignete Gesinnung erkennen ließ: statt sich gegenüber dem auf unglaublich liederliche Art ins Zuchthaus geschickten Bullerjahn zu entschuldigen, hat es ihm einen unbewiesenen Verdacht des Landesverrats angehängt.

Reaktionäre Schulabbaumaßnahmen in Preußen.

Der „Vorwärts" berichtet über neue reaktionäre Abbaumaßnahmen der deutschnationalen Kommissariatsregierung in Preußen, die unter dem Vorwand von „Sparmaßnahmen" im Berliner Provinzial-Schulkollegium vorgenommen werden. Es ist geplant, im Januar eine größere Anzahl höherer Beamter des Berliner Provinzial-Schulkollegiums zwangsweise in den Ruhestand zu versetzen, die zum größten Teile der SPD angehören oder nahestehen und sich dadurch, sowie durch ihre nicht ausreichend nationale „Einstellung" mißliebig gemacht haben. Genannt werden unter anderem der schon seit Jahren an der Spitze der Berliner Schulverwaltung stehende frühere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete König, die SP-Abgeordnete im Preußischen Landtag Hildegard Wegscheider, der Regierungsdirektor Kummerow, der Studiendirektor Knolle und andere. An ihre Stelle werden stramm reaktionäre und nationalistische Männer gesetzt werden. Die „zuständigen Stellen" ließen gegen diese Veröffentlichung des „Vorwärts" ein lahmes Dementi los, in dem gesagt wird, die Angaben des „Vorwärts" seien „nicht ganz" richtig. — Weniger zurückhaltend ist dagegen die offiziöse „Berliner Börsen-Zeitung", die die geplanten Maßnahmen zugibt und gutheißt im Interesse der nationalen Verhetzung der Jugend!

Gegen Wiederaufrüstung Deutschlands!

In Berlin wurde kürzlich ein

Ausschuß für Abrüstungspropaganda

ins Leben gerufen, dem sich 16 pazifistische Organisationen angeschlossen haben. Das Ziel des Ausschusses ist es,

mit allen Mitteln der Propaganda eine Wiederaufrüstung der deutschen Wehrmacht und vor allem die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht zu bekämpfen.

Dazu wird folgende Erklärung abgegeben: „Die Hauptaufgabe der Abrüstungskonferenz ist, die Grundlage für die Organisierung des Friedens zu schaffen. Neuerdings ist in **die Abrüstungsverhandlungen der Gedanke geworfen worden,** den Staaten, denen durch die Friedensverträge die Abschaffung der Dienstpflicht auferlegt worden ist, die Wiedereinführung zu gestatten. Dieser Vorschlag ist von französischer Seite als Entgegenkommen gegenüber Deutschland gedacht. Der Deutsche Ausschuß für Abrüstungspropaganda warnt dringend vor der Einführung der Dienstpflicht in irgendwelcher Form, selbst wenn versucht werden sollte, sie als Miliz dem Volke schmackhaft zu machen. Die Dienstpflicht würde in Deutschland zu einer verhängnisvollen Militarisierung des ganzen Volkes führen, den inneren Frieden bedrohen und keinen Schritt zur Weltabrüstung bedeuten sondern vielmehr die Verewigung der nationalen Rüstungen und damit der internationalen Unsicherheit."

„Zersetzende Musik."

Neue Polizeischikane gegen Kommunisten in München.

Die Polizeidirektion München hat die Aufführung des Chorwerkes „Panzerkreuzer Potemkin" verboten, weil das Werk seinem Inhalt nach der Verherrlichung der proletarischen Revolution sowie der Propagierung des bewaffneten Aufstandes diene und als Hilfsmittel der kommunistischen „Zersetzungstätigkeit" in Heer und Marine anzusehen sei.

Verhaftung aus Anlaß des Dresdener Fememords.

In Freital bei Dresden wurde am Dienstag der SA-Mann Willy Bormann verhaftet. Der Verhaftete ist der Bruder jenes Bormann, zu dem der SA-Mann Schenk seiner Zeit die Kriminalpolizei führte, um dann durch eine Hintertüre zu fliehen.

Interessant ist noch, daß sich die Mutter des ermordeten Hentzsch nach dem Verschwinden ihres Sohnes, der ihre einzige wirtschaftliche Stütze war, an Hitler und Röhm persönlich wandte und sich bitter darüber beklagte, daß die Dresdener SA-Leitung sich um den Fall überhaupt nicht kümmere. Weder von Hitler noch von Röhm wurde der trauernden Mutter eine Antwort zuteil. Erst nach langer Zeit schrieben ihr zwei „Oberführer" im Auftrage von Röhm einige zynische Zeilen, die deutlich durchblicken lassen, daß bei den oberen Parteistellen ziemliche Klarheit darüber bestand, was es mit dem Verschwinden des SA-Mannes Hentzsch für eine Bewandtnis hatte.

Die in Frage kommenden Briefstellen lauten:

„Zu meinem Bedauern muß ich Ihnen mitteilen, daß der Obersten SA-Führung sowohl der Name Ihres Sohnes Herbert Hentzsch wie auch sein plötzliches Verschwinden gänzlich unbekannt waren. Bei einer Organisation von mehreren 100 000 ist das wohl begreiflich. Heil Hitler!"

„Da ein solches Vorkommnis an und für sich im Familienleben der Menschen keine Seltenheit ist und außerdem Ihr Sohn mir seiner Zeit in keiner Weise dienstlich unterstand, da er ja in einer Sonderabteilung Dienst tat, lag für die Standarte kein Anlaß vor, sich dieser Angelegenheit im besonderen anzunehmen."

„Sollte eine durch den Parteidienst hervorgerufene strafbare Handlung vorliegen, so wäre zu wünschen, daß die inzwischen erfolgte Amnestie zu der erhofften Lösung der Angelegenheit beitragen werde."

Neuer Nazi-Femefall in Stolberg?

In Stolberg bei Küstrin wurde ein Sprengstoffanschlag auf das Haus des ehemaligen Nationalsozialisten Bernebée-Jay verübt, der sich kürzlich der Deutsch-Sozialen **Partei, einer von der NSDAP abgesplitterten Gruppe,** angeschlossen hatte, nachdem er vorher Mitglied der NSDAP gewesen war. Die Bombe war in einem Raum zur Explosion gebracht worden, in dem bis vor wenigen Tagen die Familie Bernebée ihr Schlafzimmer hatte. Sämtliche Fenster wurden zertrümmert, doch kamen Personen nicht zu Schaden. Mehrere Mitglieder der NSDAP wurden verhaftet. Kurz vor Verübung des Anschlags hörte Bernebée ein Auto vor seinem Hause halten. Bernebée hat sich anscheinend sehr ungünstig über die Nazis geäußert und sich dadurch bei diesen verhaßt gemacht.

Nazi-Frick gegen Otto Straßer.

Frick hat gegen den „revolutionären Nationalsozialisten" Otto Straßer, den Bruder des jetzt „beurlaubten" Gregor Straßer, Strafanzeige erstattet, weil die von Otto Straßer herausgegebene „Schwarze Front" eine pressegesetzliche Berichtigung bezüglich des Verlaufs der Reichstagsfraktionssitzung der NSDAP, in der der Abfall Gregor Straßers bekannt gemacht wurde, nicht aufnahm. Otto Straßer will nach seinen eigenen Angaben auf diese Weise einen Prozeß erzwingen.

Terror dauert an.

Drei Arbeitersportler in Berlin verletzt.

*Am Dienstag morgen gegen 1 Uhr wurden in Berlin-*Zehlendorf 46 Mitglieder des Arbeiter-Sportvereins „Fichte" aus Braunschweig, die auf einem Lastkraftwagen von einem Wettspiel nach Hause zurückfuhren, von politischen Gegnern beschossen. Zwei der Sportsleute wurden so verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Auch der Führer des Autos wurde von einem Schuß getroffen, glücklicher Weise jedoch nur so leicht verletzt, daß das Auto ohne Unfall zum Stehen gebracht werden konnte. Die Täter waren dem Lastwagen auf einem Motorrad mit Beiwagen gefolgt und konnten nach der Tat unerkannt entkommen. Es scheint sich um Nationalsozialisten zu handeln.

An der Ecke Glasgower und Ofener Straße im Norden Berlins wurde in der Nacht zum Dienstag von SA-Leuten ein Ueberfall auf „Reichsbanner"-Leute verübt, wobei einer der Ueberfallenen erhebliche Kopfverletzungen erhielt. Die Täter entkamen.

In der Landwehrstraße kam es Dienstag nacht zu einer politischen Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wobei mehrere Schüsse fielen. Ein SA-Mann wurde schwer, zwei weitere leicht verletzt. Ueber zwanzig Personen wurden von der Polizei verhaftet.

In Berlin-Oberschöneweide wurde ein Nationalsozialist angeblich von etwa fünfzehn politischen Gegnern überfallen und beraubt. Er ist nicht verletzt worden.

Margarine-Verordnung ist da.

Die Verordnung über den Beimischungszwang von Butter bei der Margarineherstellung ist erschienen. Die Regierung glaubt, daß sie mit den Herstellern eine gütliche Einigung wird treffen können, und daß die Margarine für die breiten Massen nicht teurer werden wird!

Zum Kampf gegen das Katzenwürgen.

Ein Brief, der ihn wohl nicht erreichte!

Zu dem in Nr. 280 des „Funken" veröffentlichten Artikel „Womit der Hohe Deutsche Adel sich beschäftigt!" stellt uns die Deutsche Gesellschaft für Tierrecht, Sitz Berlin, folgenden Brief ihres Vorsitzenden, Justizrat Fraenkl, an den Reichspräsidenten von Hindenburg zur Verfügung. Der Brief wurde schon vor etwa einem Monat abgesandt und ist bis heute von dem Reichspräsidenten selber noch keiner Antwort gewürdigt worden!

„28. November 1932.

Herr Reichspräsident!

Euer Exzellenz!

Aus Holland kommt die Nachricht, daß in den Jahren 1931 und 1932 von einem „Ostverein zur Prüfung von Gebrauchshunden zur Jagd" in Hohenstein (Ostpreußen) Bilder Euer Exzellenz mit eigenhändiger Unterschrift als Preise bei Gebrauchshundeprüfungen verteilt worden seien.

Bekanntlich finden in Deutschland diese Hetzprüfungen unter Verwendung lebender Katzen und Füchse statt. Es könnte also, wenn die auch uns zugegangene Mitteilung zutreffen sollte, angenommen werden, daß Sie, Herr Reichspräsident, das Würgen lebender Tiere (darunter der zu „Haustieren" gewordenen Katzen) zum Zwecke der Ausbildung von Jagdhunden billigen!

Wir gestatten uns nun, die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz darauf zu lenken, daß zahlreiche deutsche Tierschutzorganisationen gegen die Barbarei des „Katzenwürgens", das z. B. in Frankreich und England nicht (allenfalls höchst selten) geübt wird, kämpfen. Unter den deutschen Jägern selbst mehrt sich die Zahl derjenigen, die sich gegen diese Grausamkeiten äußern. Von den zuständigen Ministerien verschiedener deutscher Länder sind nach und nach Verordnungen erlassen worden, welche die Polizeibehörden auf die Beobachtung derartiger Hetzprüfungen hinweisen. Da solche Veranstaltungen aber wohl von einer Anmeldepflicht nicht abhängig und vor allem in den Erlassen zu Unrecht nicht generell als „Tierquälerei gemäß Paragraph 360 Ziff. 13 StGB" (vgl. u. a. Erlaß des Preußischen Ministers des Innern vom 6. 11. 30 — II F. 73 Nr. 44) angesehen werden, so stellen die letzteren in praxi leider keine brauchbare Waffe gegen die Zulassung des „Katzenwürgens" dar.

Herr Reichspräsident!

Wir bitten nunmehr Euer Exzellenz, Ihre gewichtige Stimme zur Unterstützung unserer Bemühungen um Ausschaltung des Mißbrauchs lebender Tiere bei den Leistungsprüfungen von Jagdhunden geneigtest erheben zu wollen!

Wir hoffen, daß dann auch die deutsche Gesetzgebung sich schneller gegen die Fortsetzung dieser Schande wenden werde!

Mit Dank und in Ergebenheit!

gez.: Victor Fraenkl, Justizrat,
Vorsitzender."

Agrarkrise in Frankreich.

Wie kann den französischen Landwirten geholfen werden?

Wir haben hier in zwei früheren Aufsätzen (im „Funken" Nr. 270 und 273) über die Klagen der französischen Landwirte und die am häufigsten vorgeschlagenen Hilfsmaßnahmen berichtet. Es lohnt sich, nun noch einen Blick zu werfen auf die Mittel, die den französischen Landwirten *wirklich* helfen würden. Sie sind teils typisch für die besonderen Verhältnisse in Frankreich, teils erlauben sie eine allgemeinere Anwendung.

Auch in Frankreich: Landflucht.

Besonders seit dem Weltkrieg hat in Frankreich eine sehr umfangreiche Wanderung vom Land in die Städte stattgefunden. Manche rein landwirtschaftlichen Provinzen haben seitdem 10 bis 20 Prozent ihrer Bevölkerung verloren.

Die Wanderung hat natürlich stattgefunden, weil viele Bewohner der ländlichen Gebiete darauf rechneten, in den Städten insgesamt ein größeres Maß an Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu finden, sei es durch höheres Einkommen, sei es durch andere größere Annehmlichkeiten, sei es durch das höhere Ansehen, das sie als Stadtbewohner bei den auf dem Lande zurückgebliebenen Verwandten und Bekannten genossen.

Sie sind also nicht im eigentlichen Sinne des Wortes vom Lande *verjagt* worden. Aber manche von ihnen sind doch nicht einfach der *Lockung* der Städte gefolgt, sondern durch die besondere Ungunst ihrer Lage vom Lande *verdrängt* worden. Welchem Druck sind sie ausgesetzt gewesen, und wer hat diesem Druck zuerst nachgegeben?

Die Landarbeiter sind in allererster Linie dem Druck der billigen fremden Arbeitskräfte erlegen. In den Gebieten mit viel Großgrundeigentum sind solche Arbeitskräfte systematisch von den Gutsherren eingeführt worden. Viele Landarbeiter sind dadurch gezwungen worden, in die Städte überzusiedeln. Die einzigen Landstücke, die sie vielfach hatten, reichten keineswegs aus, sie zu ernähren, und wurden daher verlassen.

Die Bauern leiden am meisten darunter, daß für sie auf eine Periode hoher Preise und hoher Gewinne eine Zeit eines andauernden Preisrückganges gefolgt ist, dem sie ihre Gestehungskosten bisher nicht anpassen konnten. In dieser Anpassung der Gestehungskosten an die neuen niedrigeren Preise liegt für die französischen Bauern die Hauptschwierigkeit.

Die Pächter konnten ihre Gestehungskosten nicht senken, weil sie nach wie vor Pachten zu zahlen haben, deren Höhe während der guten Zeiten festgesetzt worden ist. Manche Besitzer von Bauernhöfen sind in der gleichen Lage, insofern als sie ihre Höfe gleich nach dem Krieg gekauft und zur Tilgung der Kaufsumme Schulden zu einem hohen Zinsfuß aufgenommen haben, der den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht.

Die Kleinbauern sind in vielen Gegenden an der Senkung ihrer Gestehungskosten dadurch gehindert, daß ihr Land, mangels Flurbereinigung, in ungeheuer viele Teile zersplittert weit über die Dorfmark verstreut liegt.

Alle Landwirte haben darunter zu leiden, daß sie in Unkenntnis moderner Methoden unverhältnismäßig geringe Erträge pro Hektar erzielen oder bei Ablehnung genossenschaftlicher Zusammenschlüsse in den Händen von Mittelsmännern sind, die sie nach Kräften ausplündern.

So sind nicht nur Landarbeiter, sondern auch Kleinbauern und Pächter in Scharen vom Lande abgeströmt. Was ist aus *ihrem Grund und Boden geworden?* Ein wesentlicher Teil des von den Bauern aufgegebenen Landes ist in die Hände der Großgrundeigentümer übergegangen, die auf diese Weise ihren Besitz billig „abrunden" konnten. In anderen Teilen Frankreichs aber liegen

viele Tausende von Hektar Land brach und stehen ganze Dörfer leer.

Wer will, kann dort morgen als Bauer anfangen. Das haben sich die Italiener zu Nutze gemacht. Die Regierung Mussolinis hat eine bewußte Expansionspolitik betrieben, dank deren heute die französischen Departements an der französischen Grenze eine fast ausschließlich italienische Bevölkerung haben, — ein Krisenherd für künftige europäische Verwicklungen!

Gegen das Großgrundeigentum.

So viele Uebel sich zeigen, so viele Maßnahmen sind notwendig, *um hier Wandlung zu schaffen.*

Den Pächtern muß in erster Linie durch eine zwangsweise Senkung der Pachten geholfen werden, die als erster Schritt in der Richtung auf völlige Beseitigung des Großgrundeigentums angesehen werden sollte. In der gleichen Richtung sollte die regelmäßige Zuteilung von genügend Land an die Arbeiter auf den Gütern wirken.

Zur Senkung der Pachten ist eine Gesetzesvorlage von der Abgeordnetenkammer angenommen und wird jetzt im Senat verhandelt, — eine Maßnahme, die zwar nicht ausreicht, aber doch einen Anfang auf dem richtigen Wege darstellt. Die Zuteilung von Land an die Landarbeiter wird jedoch durch die in der französischen Kammer immer mehr Ueberhand nehmenden kollektivistischen Tendenzen recht unwahrscheinlich gemacht.

Um zu zeigen, daß diese Maßnahmen wirklich von einiger Bedeutung sind, erwähnen wir nur kurz, daß vor dem Weltkriege (neuere Zahlen liegen noch nicht vor)

47 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Frankreich von Pächtern bewirtschaftet wurde und mindestens 36 Prozent in den Händen von Großgrundeigentümern (mit mehr als 100 Hektar) waren, die nicht ganz 2 Prozent aller Eigentümer ausmachten.

Für Flurbereinigung.

Zur Besserung der Lage der Kleinbauern ist eine Flurbereinigung unerläßlich. Ihr Land zerfällt heute in viele Parzellen, die in manchen Departements eine Durchschnittsgröße von 20 bis 30 Ar haben. (1 Ar = 100 Quadratmeter.) Wegen der Verschiedenheiten in der Lage und der Bodenqualität stellt aber eine solche Flurbereinigung ein unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit sehr schwer zu lösendes Problem dar, das mit der allergrößten Geduld und Sorgfalt in Angriff genommen werden muß.

Bisher sind in Frankreich in Bezug auf Flurbereinigung nur sehr geringe Fortschritte erzielt worden. Heute gibt es in Frankreich Gesetze, auf Grund deren die Bauern eines Dorfes sich zum Zwecke der Neuaufstellung ihres Landes zu einer Genossenschaft zusammenschließen können, die wesentliche Erleichterungen hinsichtlich der juristischen und sonstigen Kosten der Neuordnung ermöglicht.

Aber von diesen Gesetzen wird nur wenig Gebrauch gemacht. Sie sind allerdings auch fast gar nicht bekannt! Die Regierung und insbesondere der Allgemeine Französische Gewerkschaftsbund, dessen Landarbeitergewerkschaften *viele Kleinbauern* angehören, sollte für die Anwendung der Gesetze zur Flurbereinigung heute mehr als je Propaganda machen.

Gegen den Lohndruck.

Jeder Landarbeiter soll die Möglichkeit haben, leicht zum Bauer zu werden. Bei niedrigen Löhnen ist ihm dies unmöglich. Sein Lohn aber bleibt niedrig, solange die Grundherren fremde Arbeitskräfte zu Kulilöhnen beschäftigen können.

Der Allgemeine Französische Gewerkschaftsbund soll auf die Regierung Druck ausüben, damit sie dies verhindert. Und er soll durch seine eigene Arbeit der Aufklärung und Organisierung unter den fremden Landarbeitern erreichen, daß sie sich eine solche Rolle als Lohndrücker nicht mehr gefallen lassen. Hier ist noch Raum für viel fruchtbare Tätigkeit der Gewerkschaften.

Für Rationalisierung und für Genossenschaften.

Die Regierung hat mit der beruflichen Erziehung der Landwirte und der Aufklärung über Verbesserung der landwirtschaftlichen Methoden einen Anfang gemacht. Es gibt einige landwirtschaftliche Schulen. Es gibt auch einen Eisenbahnzug, der im Lande herumfährt und in allen landwirtschaftlichen Gegenden ein paar Wochen als Ausstellungsraum für Methoden der Samenzucht u. s. w. bleibt. Aber es fehlt noch die Durchorganisierung dieser Arbeit und der Schwung, ohne den sich Resultate nicht erzielen lassen.

Manche neue Methoden, zum Beispiel im Gebrauch von Maschinen und in der Anwendung von Berechnungsanlagen, lassen sich freilich nur durch genossenschaftlichen Zusammenschluß erreichen; dieser ist auch zum Einkauf von Samen und Kunstdünger sowie zur Sicherung des Absatzes unerläßlich. Hier liegt noch vieles im Argen, und die

individualistischen Vorurteile bei den Bauern

sind nicht gering. Die jetzige Krise wäre dazu geeignet, die

Propaganda für die Genossenschaften

in den Vordergrund zu bringen. Wo genügend Land zur Verfügung steht — und das ist vielfach der Fall —, würde die genossenschaftliche Ansiedlung von denen, die wieder Bauern werden wollen und die heute mit Hilfe von Regierungskrediten als Einzelsiedler auf das Land zurückgehen, den Landwirten ein hervorragendes Beispiel geben. Aber in dieser Hinsicht wird noch fast gar nichts getan. Statt dessen spricht man von Zöllen, Kontingenten und Getreideämtern und verbaut sich die Möglichkeiten zu einer wirklich grundlegenden Reform der französischen Landwirtschaft.

Gerhard Kumleben (Paris).

Erzeuger und Verbraucher.

Genossenschaftliches Zusammenarbeiten.

Zum Nutzen von Erzeugern und Verbrauchern arbeitet in Frankreich die Bezirkskonsumgenossenschaft von Charentes und Deux-Sèvres mit einer ländlichen Eierverwertungsgenossenschaft zusammen. Diese Eierverwertungsgenossenschaft, die von Mitgliedern ländlicher Genossenschaften und von Mitgliedern der Bezirkskonsumgenossenschaft von Charentes und Deux-Sèvres verwaltet wird, bringt Eier von besonders guter Qualität auf den Markt. 2300 Landwirte liefern ihre Eier an die Genossenschaft. Die Eier konnten zu einem besonders niedrigen Preis verkauft werden, so daß es gelang, im Bezirk der Genossenschaft die Eierpreise um 15 bis 20 Prozent niedriger zu halten als in solchen Bezirken Frankreichs, in denen Erzeuger und Verbraucher nicht auf diese Weise zusammenarbeiten. — Ein Ergebnis, daß zur Pflege und zum Ausbau solcher Zusammenarbeit ermutigen sollte!

Reichsbankausweis

zeigt keine Konjunkturbelebung.

(Angaben in Millionen Mark)

	Gold	Devisen	Reichsschatzwechsel	Lombardford.	Wechsel, Schecks	Notenumlauf	Girogutaben	Gesamt-Geldumlauf
15. 12. 1931	1002	158	23	222	3769	4538	434	6302
23. 12. 1931	985	170	55	176	3740	4512	407	6288
15. 11. 1932	825	105	28	95	2630	3414	358	5427
23. 11. 1932	819	115	7	86	2529	3306	429	5242
15. 12. 1932	799	118	43	110	2607	3400	354	5422
23. 12. 1932	800	118	9	103	2546	3371	386	5365

Die Deckungsbestände haben sich in der Berichtswoche nicht wesentlich verändert. Seit Anfang November haben sich jedoch die Deckungsbestände um insgesamt 22 Millionen Mark vermindert. Von Mitte Juli bis Anfang November waren die Deckungsbestände der Reichsbank ständig gestiegen, insgesamt um 47 Millionen auf 940 Millionen Mark. Infolge dieser Steigerung mußte die Reichsbank Anfang Dezember 4 Millionen Dollar auf den Rediskontkredit zurückzahlen, den sie von der BIZ und den Zentralnotenbanken Englands, Frankreichs und der USA 1931 erhalten hatte. Dieser Kredit war nämlich im Juli 1932 unter der Bedingung verlängert worden, daß im Fall einer gewissen Steigerung der Deckungsbestände eine Rückzahlung geleistet werden müsse. — Der Rest des genannten Kredits in Höhe von 86 Millionen Dollar wurde bis zum 5. März 1933 verlängert.

Der Umfang der Ausleihungen weicht nicht wesentlich ab von dem Stand in den Vormonaten, obwohl man in Anbetracht des Weihnachtsgeschäfts mit einer größeren Beanspruchung hätte rechnen können. Seit Ende November sind insgesamt fast 90 Prozent der Ende November zusätzlich in Anspruch genommenen Kredite zurückgezahlt worden. — Wichtig ist es natürlich, den Stand der Ausleihungen in der nächsten Zeit zu verfolgen, da ja der inflationslüsterne Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Gereke, seine Tätigkeit erst beginnt. Hoffen wir, daß der Reichsbankpräsident nicht so offene Hände hat, wie es Herr Gereke wohl wünscht!

Bey.

Kapitalisten auf der Suche

nach nicht-kapitalistischen Hilfsmaßnahmen in der kapitalistischen Krise.

Die National City Bank in New York veröffentlicht in ihrem Novemberbericht unter der Ueberschrift: „Ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit" einen Vorschlag von Professor Graham, den wir hier zunächst kurz wiedergeben:

Graham tritt dafür ein, Zuflucht zu nehmen zum Prinzip des Naturaltauschs, konkret: zu einem vorübergehenden Hilfssystem, mit dessen Hilfe die sonst Unbeschäftigten ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen können. Eine „Nationale Not-Gesellschaft" soll die Produktion, insbesondere von Gütern für den Massenkonsum, aufnehmen, auf Grund von Vereinbarungen mit den Eigentümern vorhandener Fabriken: sie soll denjenigen Arbeitern Beschäftigung geben, die bereit sind, Konsumtionsgutscheine in Zahlung zu nehmen; diese lauten auf Anteile an die Produktion, die der geleisteten Arbeit entsprechen. So sollen die Arbeitslosen in Stand gesetzt werden, für sich selber Güter zu produzieren. Die Konsumtionsgutscheine würden nach Ansicht von Graham umlaufen und einen Geldwert haben.

Die National City Bank schreibt dazu: Das Problem dabei sei offenbar, Güter und Dienste so in ein System zu bringen, daß es möglich ist, den angeschlossenen Arbeitern gleichzeitig Beschäftigung und Lebensbedarf zu geben. Das geplante System müsse als ein genossenschaftliches Hilfssystem betrachtet werden, das mit dem vorhandenen Wirtschaftssystem in Verbindung steht, aber mit einer eigenen Währung arbeitet. Der Plan ähnele den Systemen, die von Sozialisten für die Neuordnung der Gesellschaft vorgeschlagen worden seien. Professor Graham wolle aber keinen Ersatz für das gegenwärtige Wirtschaftssystem anbieten. Er wolle nur eine Brücke bauen über eine Zeit des Mißverhältnisses zwischen Geldlöhnen und Preisen; er wolle dadurch die Härten der Arbeitslosigkeit mildern.

Die Bank zitiert unter anderem wörtlich: Wenn wir Krieg hätten, so würden wir eine solche Verschwendung von Produktivkraft nicht dulden, wie die Arbeitslosigkeit sie darstellt. Mein Plan ist ein Krieg gegen die Arbeitslosigkeit. Ob er Erfolg hat, ist lediglich Sache einer ganz einfachen Organisation, die dazu dient, das gegenwärtige Mißverhältnis zwischen Warenpreisen und Produktionskosten zu überwinden.

Die Bank *empfiehlt* den Plan, mit Vorbehalten bezüglich seiner Durchführbarkeit. Sie hebt hervor: Der Plan ermögliche es, Lohnkämpfen aus dem Wege zu gehen, dadurch, daß in der gegenwärtigen Notzeit dem Arbeiter buchstäblich sein Anteil am Produkt gegeben wird, ohne Berechnung von Profit, bis das System sein Gleichgewicht wieder gefunden habe.

Wir wollen hier nicht erörtern, ob solche planwirtschaftlichen Eingriffe, wie Graham sie vorschlägt, die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Wirtschaft erschweren oder erleichtern, noch weniger die theoretischen Grundlagen des Planes (sein Verfasser hält offenbar die Löhne im Verhältnis zu den heutigen Preisen für zu hoch). Wir wollen nur festhalten:

Es gibt Kapitalisten, die nicht daran glauben, daß das kapitalistische System sich selber aus der Krise heraushilft

und die daher neben ihm einen Hilfsbau errichten wollen. Das schlägt Graham vor,

eine amerikanische Großbank

zollt ihm Beifall. Fast genau dasselbe hat der

deutsche Reichsbankpräsident Luther

als „geldlose Hilfswirtschaft" Mitte Mai vorgeschlagen (vergleiche Nr. 113 des „Funken").

Groß scheint das Zutrauen mancher Kapitalisten zum kapitalistischen System nicht mehr zu sein!

-t.

DEUTSCHLAND

Gegen Einheitspreis-Geschäfte! Bisher war die Errichtung neuer Einheitspreis-Geschäfte nur in Städten unter 100 000 Einwohnern durch Notverordnung untersagt; das Verbot, das bis zum 1. April 1934 gilt, wird von der Reichsregierung nunmehr auf alle Städte ausgedehnt. — Ein Geschenk an den Mittelstand!

Benzin-Ausgleichssteuer erhöht, von 1 Mark auf 3,80 Mark für einen Doppelzentner. Der Steuersatz betrug ursprünglich 3,80 Mark, war von Juli bis Ende September auf 10 Pfennig, von da ab auf eine Mark ermäßigt worden. — Die jetzige Heraufsetzung bedeutet keineswegs ein Antasten der Benzinprofite. Diese werden vielmehr nach den verschiedensten Benzinpreiserhöhungen aus den Konsumenten in alter Höhe herausgeholt!

SÜDAFRIKA

Kampf um den Goldstandard! Die Regierung Hertzog will ihn aufrecht erhalten. Starke Interessenkreise wollen von ihm abgehen, um so die Ausfuhr aus Südafrika zu fördern. Wer auf Aufhebung des Goldstandards rechnet — und das sind offenbar viele —, der sucht natürlich noch vor der Aufhebung (vollwertige) afrikanische Pfunde in (entwertete) englische Pfunde umzutauschen; denn er glaubt, die afrikanischen Pfunde später nicht so teuer verkaufen zu können. — Durch ein „grundsätzliches Goldausfuhrverbot", das aber offenbar die normale Ausfuhr des neu produzierten Goldes nicht hindern soll, will die Regierung jene Spekulationskäufe von englischen Pfunden unterbinden.